

VDR-Tagung „Volkswirtschaftliche Grundfragen“ vom 25. bis 27.02.2004 in Würzburg
 - Nicht zitierfähiges Redemanuskript von Dr. Jürgen Faik (Vortrag am 26.02.2004) –
Es gilt das gesprochene Wort!!!

***Volkswirtschaftliche Theoriebildung
 und ihre Beziehungen zur Sozialpolitik***

- Von Aristoteles bis zum Neoliberalismus

Jürgen Faik, Frankfurt/Main

Gliederung:

1. Einführung: Dogmengeschichtlicher Überblick über die Volkswirtschaftslehre
2. Die Vorklassiker
3. Die „unsichtbare Hand“ der Klassiker
4. Der systemkritische Gegenentwurf zur Klassik von Karl Marx
5. Die Wiederbelebung des Wirtschaftsliberalismus durch die Neoklassik
6. Nachfragesteuerung im Keynesianismus als ökonomischer Wurzel des modernen Sozialstaats
7. Monetarismus, Supply-side-Economics und Neoliberalismus als Wegbereiter des Um-/Rückbaus des Sozialstaats
8. Schlussbetrachtung und Ausblick

1. Einführung: Dogmengeschichtlicher Überblick über die Volkswirtschaftslehre

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren,

die wirtschaftliche Sphäre besitzt in der Realität eine weitaus größere gesellschafts- und mithin sozialpolitische Relevanz als gemeinhin angenommen.

Das folgende Zitat des vielleicht größten Ökonomen des 20. Jahrhunderts, John Maynard Keynes, verdeutlicht dies eindrucksvoll:

„Praktiker, die von sich glauben, sie unterlägen keinerlei intellektuellen Einflüssen, sind gewöhnlich die Sklaven eines längst verblichenen Ökonomen.“

Karl Marx, um einen anderen berühmten Ökonomen (aus dem 19. Jahrhundert) zu erwähnen, arbeitete heraus, dass die wirtschaftliche Realität die Basis für den von ihm so bezeichneten „Überbau“ im politischen, juristischen, kulturellen Bereich der bürgerlichen Gesellschaft bildet. Damit sind aber auch wirtschaftswissenschaftliche Theorien als sozialpolitisch meinungsbildend anzusehen.

Die letztgenannte Aussage markiert das Terrain dieses Vortrags: Es soll in einem „Parforce-Ritt“ quer durch die Dogmengeschichte der

VDR-Tagung „Volkswirtschaftliche Grundfragen“ vom 25. bis 27.02.2004 in Würzburg
 - Nicht zitierfähiges Redemanuskript von Dr. Jürgen Faik (Vortrag am 26.02.2004) –
Es gilt das gesprochene Wort!!!

Volkswirtschaftslehre aufgezeigt werden, wie volkswirtschaftliche Theorien die soziale bzw. sozialpolitische Sphäre beeinflusst haben. Andererseits werden natürlich aber auch die volkswirtschaftlichen Theorien von den konkreten wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten geprägt. Diese Zusammenhänge können angesichts der knappen, mir zur Verfügung stehenden Zeit leider nur cursorisch aufgezeigt werden. Im Grunde genommen wäre für dieses ambitionierte Vorhaben mindestens eine einsemestrige Lehrveranstaltung angemessen.

Gemeinhin wird die Geburtsstunde der Nationalökonomik auf das Jahr 1776 datiert, in dem Adam Smith seinen „Wohlstand der Nationen“ veröffentlichte. Alle bis dahin geäußerten ökonomischen Gedanken werden üblicherweise als „vorklassisch“ bezeichnet.

Beschränkt man sich auf die ökonomischen Theorierichtungen seit der erwähnten Geburtsstunde der Volkswirtschaftslehre, so lassen sich drei grundlegende Paradigmen aus der Vielzahl von Theorieansätzen herausfiltern:

1. Das *neoklassische* Paradigma mit einem streng individualistischen Bezug, d. h. einer „reinen“ mikroökonomischen Perspektive,

2. das Paradigma der *politischen Ökonomik* mit seiner Betonung gesellschaftlicher Gruppen- bzw. Klasseninteressen sozusagen auf einer methodischen Metaebene zwischen Mikro- und Makroökonomik und
3. das *keynesianische* Paradigma mit einer Fixierung auf ökonomische Aggregate und daher mit einem makroökonomischen Blickwinkel.

Dem Paradigma der politischen Ökonomik können – trotz ihrer im Einzelnen zum Teil gravierenden Unterschiede – die folgenden Theorierichtungen subsumiert werden: Der klassische Wirtschaftsliberalismus, der Marxismus und die – im Folgenden allerdings nicht weiter betrachtete – historische Schule. Der – als Gegenentwurf zum Keynesianismus entwickelte – Monetarismus als einer Hauptspielart angebotsorientierter Wirtschaftstheorie weist eine hohe Affinität zum neoklassischen Paradigma auf.

Ein in der Literatur beklagter Zustand ist, dass die einzelnen ökonomischen Denkschulen zum Teil zusammenhanglos koexistierten. Es wird beispielsweise kritisiert, dass sich dadurch „blinde Flecken“ im ökonomischen Lehrgebäude herausgebildet hätten: Neue Theorien grenzten sich radikal von ihren Vorgängern ab, wodurch bestimmte

VDR-Tagung „Volkswirtschaftliche Grundfragen“ vom 25. bis 27.02.2004 in Würzburg
- Nicht zitierfähiges Redemanuskript von Dr. Jürgen Faik (Vortrag am 26.02.2004) –
Es gilt das gesprochene Wort!!!

ökonomische Tatbestände unerklärt blieben. Möglicherweise ist dies auch der Hintergrund für die berühmte (angebliche) Klage von Winston Churchill, dass beim Befragen von fünf Nationalökonomern sechs (grund-)verschiedene Ratschläge erteilt würden.

2. Die Vorklassik

Ich beginne nun meinen kursorischen Überblick über die volkswirtschaftlichen Theorien mit den Vorklassikern.

Die ökonomischen „Vorläufer“ sind dadurch gekennzeichnet, dass sie zwar durchaus (auch) ökonomische Fragestellungen ansprachen, aber im Grunde genommen Volkswirtschaftslehre nicht als „geschlossene“ Disziplin betrieben. Hierbei kann man – in chronologischer Anordnung und in grober Gliederung – mit der griechischen Antike und der mittelalterlichen Scholastik sowie mit dem Merkantilismus und der Physiokratie vier wesentliche Denkrichtungen voneinander unterscheiden.

2.1 Griechische Antike

In der griechischen Antike wurden Lehrmeinungen mit ökonomischem Bezug vor allem von Platon und seinem Schüler Aristoteles dargelegt. Vom griechischen Wort Oikonomia leitet sich auch der Begriff Ökonomik ab. Oikonomia kann mit „Hauswirtschaft“ übersetzt werden.

Platon beschäftigte sich beispielsweise mit den Vorteilen der Arbeitsteilung. Des Weiteren sprach er sich in seinem (autoritären) Staatsmodell für die Abschaffung des Privateigentums aus, um Habgier und Gewinnsucht zu beseitigen.

Im Unterschied hierzu trat Aristoteles aus Leistungsüberlegungen heraus für das Privateigentum ein, lehnte aber die individuelle Bereicherung beim Gütertausch ebenso wie die Erhebung von (Wucher-)Zinsen ab. Im Rahmen seiner werttheoretischen Betrachtungen bezog sich Aristoteles' Tauschtheorie primär auf den Gabentausch. Hierbei ging er von „gerechter Gegenseitigkeit“ aus. Dieses Gerechtigkeitsprinzip wurde über die Angemessenheit von Gaben konstituiert, wobei sich die Angemessenheit einer Gabe aber am sozialen Rang einer Person festmachte.

VDR-Tagung „Volkswirtschaftliche Grundfragen“ vom 25. bis 27.02.2004 in Würzburg
 - Nicht zitierfähiges Redemanuskript von Dr. Jürgen Faik (Vortrag am 26.02.2004) –
Es gilt das gesprochene Wort!!!

Ziel führend waren für Aristoteles die Fragen nach dem Glück der Menschen sowie nach der bestmöglichen Ordnung des Gemeinwesens. Erfolgreiche Wirtschaft und *gerechte* Verteilung bildeten im Aristoteles'schen Denken die Pfeiler eines funktionierenden Gemeinwesens.

Trotz seiner Präferenz des Privateigentums hatte bei Aristoteles der Staat als Gemeinwesen eine große auch soziale Bedeutung. Von elaborierten sozialpolitischen Thesen Aristoteles' zu sprechen, wäre aber verfehlt. Dazu war Aristoteles zu sehr Kind seiner Zeit. Beispielsweise hielt er Sklaverei für „natürlich“.

2.2 Mittelalterliche Scholastik

Die Aristoteles'schen Gerechtigkeitsvorstellungen wurden im 13. Jahrhundert von der Scholastik in Person von Thomas von Aquin aufgegriffen, der die Frage des *gerechten Preises* thematisierte. Er war gewissermaßen der Urvater der katholischen Soziallehre.

In seiner „Summa theologica“ verband Thomas von Aquin den Aspekt des Güterausstauschs mit Fragen nach der Richtigkeit menschlicher Handlungen. Beide Tauschpartner sollen aus dem Handel einen

gleich hohen Nutzen ziehen, was zum Konstrukt des gerechten Preises überleitet. Dieser (Markt-)Preis bildet sich bei Thomas von Aquin unter „vollkommenen“ Bedingungen, u. a. unter der Bedingung vollständiger Information der Kunden durch die Händler. Eng hiermit in Zusammenhang steht das bereits in der Bibel formulierte und von Thomas von Aquin aufgegriffene Postulat des (Wucher-)Zinsverbotes.

2.3 Merkantilismus

Gegen Ende des 17. bzw. zu Beginn des 18. Jahrhunderts beherrschten im Wesentlichen zwei Denkschulen die (rudimentär entwickelte) Wirtschaftstheorie: Der Merkantilismus und die Lehre der Physiokraten.

Der Merkantilismus um Jean Baptiste Colbert sah in der nationalen Anhäufung von Gold über Handelsgewinne die Hauptaufgabe des Wirtschaftens (zum Machterhalt, etwa zur Finanzierung von Söldnertruppen). Das oberste Wirtschaftsziel war also eine aktive Handelsbilanz. Dem Staat kam folgerichtig die Förderung der Exporte und die Reduzierung der Importe (insbesondere durch Schutzzölle) zu.

VDR-Tagung „Volkswirtschaftliche Grundfragen“ vom 25. bis 27.02.2004 in Würzburg
 - Nicht zitierfähiges Redemanuskript von Dr. Jürgen Faik (Vortrag am 26.02.2004) –
Es gilt das gesprochene Wort!!!

Die vergleichsweise groben Erörterungen der Merkantilisten beinhalten keine expliziten Verteilungs- und mithin sozialpolitischen Aussagen. Gemäß der merkantilistischen Grundkonzeption – gewissermaßen nach dem Motto „L'état c'est moi!“ – ist der merkantilistische Ansatz als (stark) herrschafts-affirmativ einzuordnen.

2.4 Physiokratie

Der exponierteste Vertreter der Physiokraten, François Quesnay, entwickelte mit dem Tableau économique das erste Kreislaufmodell der Volkswirtschaftslehre. Es kann als Vorstufe der modernen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen angesehen werden.

Im Rahmen des Quesnay'schen Modells bildet die Landwirtschaft das „Gravitationszentrum“; sie wird als der einzig produktive Wirtschaftssektor bezeichnet. Die Quelle der Wertschöpfung ist demzufolge in physiokratischer Sicht der Boden (= „die Natur“). Sein Ertrag stehe dessen „Eigentümer“, dem Landadel, nach Abzug der Kosten (zur Reproduktion der Bauern bzw. des Bodens) zu. Im Unterschied zur Landwirtschaft klassifizierte Quesnay das im ausgehenden 18. Jahrhundert aufkommende Bürgertum (Handwerker, Fabrikanten, Kaufleute) als unproduktiv. Dies begründete er damit, dass das Bürgertum

keine unmittelbare Verbindung zum Werte schaffenden Produktionsfaktor Boden aufweise.

Eine explizite sozialpolitische Ausrichtung der Physiokraten existierte nicht, ja, war sogar gemäß physiokratischer Logik nicht notwendig. Dies liegt darin begründet, dass der physiokratische Ansatz im Grunde genommen das Feudalsystem und damit auch die festgefügt feudal Versorgungstrukturen verteidigte.

3. Die „unsichtbare Hand“ der Klassiker

Im Unterschied zu den Vorklassikern errichteten erst die so genannten (wirtschaftsliberalen) Klassiker ein „geschlossenes“ volkswirtschaftliches Theoriegebäude. Die Leitgedanken der Klassiker waren der Freihandel und das Laissez-faire-Prinzip im Sinne eines möglichst staatsfreien Wirtschaftsablaufs.

Einer ihrer Hauptvertreter, Adam Smith, gilt gemeinhin als der „Urvater“ der (marktwirtschaftlich geprägten) Nationalökonomik. Er zeigte, dass Arbeitsteilung die Produktivität zu erhöhen vermag. Außerdem führte er den Nachweis, dass eigennütziges wirtschaftliches Handeln

VDR-Tagung „Volkswirtschaftliche Grundfragen“ vom 25. bis 27.02.2004 in Würzburg
 - Nicht zitierfähiges Redemanuskript von Dr. Jürgen Faik (Vortrag am 26.02.2004) –
Es gilt das gesprochene Wort!!!

– über eine „unsichtbare Hand“ (d. h. letztlich über Märkte) vermittelt
 – den Wohlstand der Gesellschaft steigern kann.

Zwar wurde dem Staat zumindest die Funktion zugewiesen, für bestmögliche wirtschaftliche Rahmenbedingungen zu sorgen (z. B. in Form der Landesverteidigung). Grundsätzlich widerspricht aber eine *ausgeprägte* staatliche Einflussnahme auf das Wirtschafts- und Sozialsystem dem klassischen Gedankengut.

Ein anderer exponierter Vertreter des Wirtschaftsliberalismus, David Ricardo, beschäftigte sich ausführlich mit Verteilungsfragestellungen. Als Folge des Bevölkerungswachstums sah er eine systemimmanente Tendenz zur wirtschaftlichen Stagnation sowie zu einer extremen Ungleichverteilung der Einkommen. Vor dem Hintergrund eines von Robert Thomas Malthus formulierten „Gesetzes“ zur Überbevölkerung stellte Ricardo das „eherne Lohngesetz“ auf. Ihm zufolge pendelt sich das Lohnniveau langfristig auf das Existenzminimum ein. Dies kommt laut Ricardo durch den – als Folge der Überbevölkerung angenommenen – Wettbewerbsdruck unter den Lohnarbeitern zustande.

Das erwähnte Malthus'sche „Bevölkerungsgesetz“ besagte, dass die landwirtschaftliche Produktion nur in arithmetischer Reihe wachse,

während sich die Bevölkerung in geometrischer Reihe erhöhe. Dieser Gegensatz führe zu Hungerkatastrophen. Malthus forderte daher die Enthaltensamkeit sowie eine höhere Bildung für die „unteren Stände“ zur Begrenzung des Bevölkerungswachstums.

Ein allgemeines, wesentliches Kennzeichen der Klassiker ist, dass sich bei ihnen der Wert eines Gutes aus dem in dem Gut „verinnerlichten“ Arbeitseinsatz bestimmt. Man spricht daher auch von der klassischen Arbeitswertlehre. Deren Anwendung blieb allerdings bei den Klassikern auf produzierbare Waren beschränkt. Für „unproduktive“ Werke wie z. B. Gemälde „alter Meister“ wurde die Arbeitswertlehre nicht für relevant erachtet. Bei derartigen Gütern würde sich laut den Klassikern der Wert nicht aus den Herstellungskosten, sondern aus individuellen Wertschätzungen ergeben.

4. Der systemkritische Gegenentwurf zur Klassik von Karl Marx

Die Arbeitswertlehre der Klassiker wurde von Karl Marx – vor allem in seinem dreibändigen Hauptwerk „Das Kapital“ – aufgegriffen und verabsolutiert, indem der Tauschwert einer Ware allein aus dem Arbeitseinsatz folge. Der Marktpreis oszilliere um den Tauschwert herum (Marx'sches Wertgesetz). Marx postulierte außerdem einen direk-

VDR-Tagung „Volkswirtschaftliche Grundfragen“ vom 25. bis 27.02.2004 in Würzburg
 - Nicht zitierfähiges Redemanuskript von Dr. Jürgen Faik (Vortrag am 26.02.2004) –
Es gilt das gesprochene Wort!!!

ten Zusammenhang zwischen dem Arbeitseinsatz und dem Überschuss der Produktion über die Reallöhne, den er „Mehrwert“ nannte. Mehrwert bildet sich hierbei entweder über die Erhöhung des Arbeitsvolumens oder über Produktivitätserhöhungen bei gegebenem Arbeitsvolumen.

Unter der Annahme einer beständig-positiven Kapitalakkumulation leitete Marx aus seinem Mehrwert-Ansatz das „Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate“ ab. Die Profitrate ist bei Marx als Verhältnis aus Mehrwert (= „Profit“) sowie den Kosten für die eingesetzten Maschinen (= „Kapital“) und für die Arbeitskräfte definiert. Vor allem der Zwang zu Produktionsfortschritten führt in der Marx'schen Lehre zur zunehmenden Substitution von Arbeitskräften durch Maschinen. Neudeutsch spricht man von Rationalisierungsinvestitionen. Da der gemäß Arbeitswertlehre Werte schaffende Produktionsfaktor – die Arbeit – relativ immer mehr bei der Gütererstellung an Gewicht verliere, sinke langfristig die Profitrate.

Marxens Ansatz ist historisch angelegt. Dies wird daran deutlich, dass der Rückgang der Profitrate in der langen Frist nach Marx zu wirtschaftlichen Konzentrationsprozessen, zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit und zu wachsender Entfremdung der Arbeiter vom Pro-

duktionsprozess führe und solcherart die Klassengegensätze zwischen Kapitalisten- und Arbeiterklasse nachhaltig verschärfe. Es komme in der Folge zu sozial-revolutionären Veränderungen, die sich in der Ablösung des Kapitalismus von den „höheren“ Gesellschaftsstufen des Sozialismus und des Kommunismus manifestierten.

Wegen der Krisenhaftigkeit des Kapitalismus ist in marxistischer Sicht der Sozialstaat lediglich der „Reparaturbetrieb des Kapitalismus“ und kann die historisch noch ausstehenden Übergänge zum Sozialismus und zum Kommunismus nicht aufhalten.

5. Die Wiederbelebung des Wirtschaftsliberalismus durch die Neoklassik

Zwar basieren die neoklassischen Grundvorstellungen in weiten Teilen auf den Ideen des klassischen Wirtschaftsliberalismus. So teilen beide Theorierichtungen den Glauben an die Vorzüge des marktvermittelten Eigeninteresses für das Gemeinwohl, den privaten Produktionsmittelbesitz und die Arbeitsteilung ebenso wie die ablehnende Grundhaltung gegenüber einer starken staatlichen Einflussnahme auf das Wirtschafts- und Sozialsystem. Gleichwohl gibt es bedeutende Unterschiede. Während etwa bei der Klassik die Interessenslagen

VDR-Tagung „Volkswirtschaftliche Grundfragen“ vom 25. bis 27.02.2004 in Würzburg
 - Nicht zitierfähiges Redemanuskript von Dr. Jürgen Faik (Vortrag am 26.02.2004) –
Es gilt das gesprochene Wort!!!

sozialer Gruppen im Fokus standen, ist der neoklassische Ansatz weitaus stärker individualistisch ausgerichtet (so genannter methodologischer Individualismus). Im Mittelpunkt der neoklassischen Erörterungen stehen nicht mehr gesellschaftliche Klassen und deren Gegensätze, sondern das seinen Eigennutz optimierende Individuum. Außerdem ist der theoretische Ansatz der Neoklassik im Unterschied zur Klassik eher kurz- als langfristig angelegt. Entsprechend tritt das Erkenntnisinteresse der Klassiker an Fragen der Kapitalakkumulation und Distribution bei den Neoklassikern zu Gunsten der Erörterung der optimalen Ressourcenallokation zurück.

Hinzu kommt, dass die Arbeitswertlehre der Klassik in der Neoklassik durch eine subjektive Wertlehre ersetzt wurde. Der Tauschwert einer Ware entspricht gleichsam deren Preis, der wiederum den Grenznutzen des betreffenden Gutes widerspiegelt.

Typisch für die Neoklassik sind Gleichgewichtsüberlegungen. Sie gehen bereits auf den klassischen Ökonomen John Baptiste Say zurück, der eine Tendenz zu marktwirtschaftlichen Gleichgewichtssituationen damit begründete, dass sich jedes Angebot eine gleich hohe Nachfrage schaffe.

Der für das Nachkriegsdeutschland und sein Modell der sozialen Marktwirtschaft kennzeichnende Ordoliberalismus ist neoklassischem Gedankengut verpflichtet. Dem Staat kommt primär die Rolle zu, das Wirtschaftsgeschehen nach marktwirtschaftlichen Konkurrenzerfordernissen zu ordnen. Staatliche Wirtschaftspolitik soll daher vornehmlich Ordnungspolitik sein. Es sollen Wettbewerbsbeschränkungen in Form von Kartellen oder Monopolen mittels des Kartellrechts bekämpft werden. Die Wohlfahrtsposition der Konsumenten wird mittels Sicherung wettbewerblicher Märkte in den Vordergrund gestellt.

6. Nachfragesteuerung im Keynesianismus als ökonomischer Wurzel des modernen Sozialstaats

Im Unterschied zur mikroökonomisch ausgerichteten Neoklassik waren die Vorstellungen von John Maynard Keynes, wie er sie in seinem Hauptwerk – der „General Theory of Employment, Interest and Money“ aus dem Jahre 1936 – darlegte, makroökonomischer Natur. Vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise von 1929 erlangte sein Hauptwerk starken Zulauf. Keynes führte die Krise von 1929 in erster Linie auf einen Mangel an gesamtwirtschaftlicher Nachfrage zurück.

VDR-Tagung „Volkswirtschaftliche Grundfragen“ vom 25. bis 27.02.2004 in Würzburg
 - Nicht zitierfähiges Redemanuskript von Dr. Jürgen Faik (Vortrag am 26.02.2004) –
Es gilt das gesprochene Wort!!!

Der nachfragebezogene Keynes'sche Ansatz legt besonderen Wert auf das Zusammenspiel von Finanz- und Gütermärkten. Kennzeichnend für die Keynes'sche Denkschule ist – im Unterschied zur Neoklassik – das fehlende Vertrauen in die Stabilität von Märkten. Hieraus leitet sich eine systemstabilisierende Rolle des Staates über diskretionäre Eingriffe in das Wirtschaftsgeschehen ab.

Derartigen Eingriffen liegt das Modell des Deficit spending zugrunde: In der Rezession soll sich der Staat verschulden und über eigene Nachfrage die gesamtwirtschaftliche Nachfrage erhöhen (um so die Arbeitslosigkeit zu reduzieren). Im Aufschwung bzw. Boom soll der Staat dann aber – vor dem Hintergrund wachsender Steuereinnahmen – seine Schulden zurückzahlen und seine Ausgaben reduzieren (um so inflationären Gefahren entgegenzuwirken).

Eine wichtige Regulierung der Marktwirtschaft sah Keynes darin, die Massenkaufkraft zu erhöhen. Transferzahlungen bzw. grundsätzlich Umverteilungen von Reich zu Arm führten – wegen des ausgeprägteren relativen Konsums der unteren Einkommensschichten – zu einer Stimulierung der Wirtschaftsaktivität. Insoweit kann der Keynesianismus als Geburtshelfer des modernen Sozialstaats bezeichnet wer-

den. Die modernen „Mixed economies“ westlichen Zuschnitts sind letztlich (auch) das Resultat keynesianischen Denkens.

7. Monetarismus, Supply-side-Economics und Neoliberalismus als Wegbereiter des Um-/Rückbaus des Sozialstaats

Im Unterschied zum Keynesianismus sind die so genannten Angebotstheoretiker durch eine sehr skeptische Einstellung zum Sozialstaat geprägt.

Einer ihrer Hauptprotagonisten, Milton Friedman, sagte einmal:

„Mein Sohn ist noch jung, er will eine Staatsquote von Null. Ich bin nicht so radikal, zehn Prozent sind eine schöne, runde Zahl.“

Der auf Friedman zurückzuführende Monetarismus geht wie die Neoklassik von einer prinzipiellen Stabilität des Marktgeschehens aus. Diskretionäre staatliche Wirtschaftspolitik trage zur Schwächung dieser Stabilität bei. Darüber hinaus sei eine staatliche Fiskalpolitik einer staatlichen Geldpolitik unterlegen. Hieraus wird als (im Grunde genommen einzige mehr oder weniger aktive) Wirtschaftspolitikmaßnahme eine regelgebundene Geldpolitik abgeleitet.

VDR-Tagung „Volkswirtschaftliche Grundfragen“ vom 25. bis 27.02.2004 in Würzburg
 - Nicht zitierfähiges Redemanuskript von Dr. Jürgen Faik (Vortrag am 26.02.2004) –
Es gilt das gesprochene Wort!!!

Die monetaristische Sicht der Wirtschaftsabläufe ist stark vom Gedankengut des wirtschaftlichen Liberalismus durchdrungen. Mitunter erscheint gar die Grenze zum radikalen Liberalismus – dem Libertarismus – überschritten. Dies manifestiert sich in umfassenden Deregulierungsforderungen monetaristischer Theoretiker, wie der oben genannten.

In der zuletzt genannten Hinsicht (= Deregulierungsforderungen) ergeben sich große Schnittstellen zur Supply-side-Ökonomik. Kennzeichnend für diese Theorierichtung ist – wie der Name bereits verrät – die Stärkung der wirtschaftlichen Angebotsseite, und zwar über Steuersenkungen. Sowohl die Unternehmenssteuern als auch die Einkommensteuer sollen gesenkt werden, um auf diese Weise unternehmerische Dynamik zu entfalten. Als Gegenfinanzierung schlagen Supply-side-Ökonomen Kürzungen der Staatsausgaben primär im Transferwesen vor.

Anwendungen der Supply-side-economics fanden sich vor allem im „Reagan-Amerika“ und im Großbritannien Maggie Thatchers in den 1980er Jahren. Es nimmt nicht Wunder, dass die Anwendung der Supply-side-Ökonomik dort die sozialen Ungleichheiten tendenziell verstärkt hat. Außerdem hat sich die behauptete wachstumsstimulie-

rende Wirkung von Steuersenkungen empirisch nicht bestätigen lassen. Dennoch hat die Supply-Side-economics derzeit – unter der Bezeichnung „Neoliberalismus“ – politische Hochkonjunktur. Dies gilt auch für Deutschland und hier nicht nur für die neoliberale Grundhaltung des Sachverständigenrates zur Begutachtung der wirtschaftlichen Entwicklung, sondern auch – politisch viel wesentlicher – für Schröders „Agenda 2010“.

8. Schlussbetrachtung und Ausblick

In der historischen Betrachtung zeigt sich grundsätzlich, dass volkswirtschaftliche Theorien und ihre sozialpolitischen Rückwirkungen durchaus als Modeerscheinungen angesehen werden können, die den jeweiligen Zeitgeist widerspiegeln, aber auch prägen. Hatte in den 1970er Jahren der Keynesianismus politische Hochkonjunktur, so gilt dies derzeit für die Supply-side-Ökonomik bzw. – allgemeiner: – für die Neoklassik.

In diesem Zusammenhang ist die herrschafts-affirmative Rolle wirtschaftswissenschaftlicher Theorien zu betonen. Aristoteles predigte der Sklavenhaltergesellschaft das Wort, die Physiokraten betonten die Vorrangstellung der Grundbesitzer, und die Wirtschaftsliberalen

VDR-Tagung „Volkswirtschaftliche Grundfragen“ vom 25. bis 27.02.2004 in Würzburg
 - Nicht zitierfähiges Redemanuskript von Dr. Jürgen Faik (Vortrag am 26.02.2004) –
Es gilt das gesprochene Wort!!!

priesen und preisen den Kapitalismus und damit die besondere Rolle des Unternehmertums. Auch der scheinbar herrschaftskritische Marxismus degenerierte in der marxistisch-leninistischen Praxis zum herrschafts-affirmativen Weltbild.

Je nach politischer Ausrichtung der Theorieansätze sind die Beziehungen zum Sozialstaat bzw. zur Sozialpolitik unterschiedlich. Sozialpolitik lässt sich daher je nach politischer Ausrichtung als vorteilhaft oder nachteilig bezeichnen. Wirtschaftsliberale, Neoklassiker, Monetaristen, Angebotstheoretiker und dergleichen betonen eher die Nachteile, Keynesianer u. ä. tendenziell die Vorzüge von Sozialpolitik.

Im Rahmen dieses Dualismus wird als ein Beispiel für (gesamt-)wirtschaftliche „Kosten“ von Sozialpolitik eine „unverhältnismäßig“ hohe Abgaben-/Kostenbelastung der Unternehmen und damit eine Gefährdung von Arbeitsplätzen genannt; im Einzelnen handelt es sich um

- Kosten in der Arbeitsschutzpolitik beim Gefahrenschutz,
- Kosten durch Verknappung des Faktors Arbeit via Arbeitszeitschutz sowie durch Kündigungsschutzvorschriften,

- Kosten wegen der Zahlung von Arbeitgeberbeiträgen bzw. in Form der unternehmensbezogenen Mitfinanzierung öffentlicher sozialpolitischer Maßnahmen durch das Steuersystem sowie
- Verknappungen und damit Verteuerungen des Faktors Arbeit, welche durch die bloße Existenz des sozialen Sicherungssystems bedingt sind (Beispiel: Mindestlohnwirkung einer Arbeitslosenversicherung).

Ein weiterer Vorwurf an die Adresse eines „ausufernden“ Staatsschutzes durch Sozialpolitik ist, dass er „unmündige“, risikoaverse Bürger hervorbringe. Für eine dynamische Marktwirtschaft sei aber eine ausreichende Anzahl innovativer Bürger notwendig, welche mit Risiko behaftete Unternehmensaufgaben wahrnehmen. Durch einen zu umfassenden Staatsschutz erfolgten für die wirtschaftliche Dynamik notwendige Unternehmensneugründungen gegebenenfalls in zu geringer Anzahl.

Darüber hinaus wird kritisiert, dass mittels sozialpolitischer Transferpolitik eine Fehllenkung wirtschaftlicher Ressourcen in den Konsum und eine hiermit verbundene Blockade von Neuinvestitionen erfolge. Dies schwäche die wirtschaftlichen Wachstumskräfte.

VDR-Tagung „Volkswirtschaftliche Grundfragen“ vom 25. bis 27.02.2004 in Würzburg
 - Nicht zitierfähiges Redemanuskript von Dr. Jürgen Faik (Vortrag am 26.02.2004) –
Es gilt das gesprochene Wort!!!

Man würde allerdings – gerade vor dem Hintergrund der geschichtlichen Zusammenhänge (Stichwort: soziale Frage) – der Bedeutung von Sozialpolitik nicht gerecht, thematisierte man nur die unzweifelhaft vorhandene Kostenseite von Sozialpolitik. Ungeachtet der Tatsache, dass eine derart einseitige Sicht der Dinge in letzter Konsequenz die Aufgabe jeglicher Sozialpolitik – mithin die Reduktion des Menschen auf einen Homo oeconomicus ohne soziale Kompetenz bzw. ohne sozialen Gestaltungswillen – bedeuten würde, dürften selbst die hartnäckigsten Gegner des Sozialstaats moderner Prägung zumindest einige Vorteile auch wirtschaftlicher Art nicht abstreiten.

Als „Nutzen“ von Sozialpolitik können etwa genannt werden:

- Die Verbesserung und Vergrößerung des gesellschaftlichen Humankapitals,
- die Erweiterung des Spielraums für wirtschaftlichen Strukturwandel über die Absicherung bzw. Zerstreung individueller Risiken und Ängste sowie
- ganz grundsätzlich: die Festigung der Akzeptanz des bestehenden Gesellschaftssystems über Kompensationen zu Gunsten der System-„Verlierer“.

Sozialpolitik leistet daher durchaus einen Beitrag zur Stabilisierung der Produktionsbedingungen in einer Volkswirtschaft. Auch kann – „ganz keynesianisch“ – die Kräftigung der Massenkaufkraft über Sozialtransfers zu Gunsten sozialpolitischer Aktivitäten angeführt werden, welche in wirtschaftlich schwachen Zeiten als Konjunkturstütze fungieren kann. Dieser Effekt wird noch durch eine höhere (Grenz-)Konsumquote unterer, durch Transfers tendenziell stärker begünstigter Einkommensschichten im Vergleich zu oberen, durch Sozialpolitik eher weniger begünstigter Einkommensschichten verstärkt.

Lassen Sie mich mit einigen grundlegenden, nachdenklichen Worten schließen. Sind schon – wie hoffentlich deutlich wurde – die volkswirtschaftlichen Theorien nicht ganz unkritisch zu sehen, so erfüllt es mich mit größter Sorge, wenn ich mir die Veränderungen in der akademischen Landschaft anschau. Zunehmend werden volkswirtschaftliche Lehrstühle zu Gunsten betriebswirtschaftlicher Professuren abgebaut. Ich bezeichne dies als akademischen Super-GAU, da hierdurch m. E. auch noch letzte verbliebene Reste von Gesellschaftskritik in den Wirtschaftswissenschaften verloren zu gehen drohen. Querdenker werden seltener, und es stellt sich die Frage, ob bei

VDR-Tagung „Volkswirtschaftliche Grundfragen“ vom 25. bis 27.02.2004 in Würzburg
- Nicht zitierfähiges Redemanuskript von Dr. Jürgen Faik (Vortrag am 26.02.2004) –
Es gilt das gesprochene Wort!!!

der nächsten größeren Krise des Kapitalismus bzw. des Sozialstaats ausreichendes akademisches Potenzial zur Krisenbewältigung zur Verfügung steht.

In den 1930er Jahren – im Rahmen der Weltwirtschaftskrise – war solches in Form der „General Theory“ von Keynes vorhanden, doch was geschieht künftig? Führt sich der Kapitalismus – auch vor dem Hintergrund zunehmender neoliberaler Dominanz – letztlich sogar selbst ad absurdum? Was kommt gegebenenfalls nach ihm? Mit diesen nachdenklichen Fragen möchte ich schließen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.